

PRESSEINFORMATION



Düsseldorf, 15. September 2009

Sprechzettel von Dr. Ruth Seidl MdL, wissenschaftspolitische Sprecherin
zum Pressegespräch am 15. September 2009 zum Thema:

Bologna- Reform droht zu scheitern -

Grüne fordern Kurskorrekturen in der Hochschulpolitik

Es gilt das gesprochene Wort!

Sie werden sich daran erinnern, dass zum Ende des letzten Semesters an allen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen unter dem Stichwort "Bildungsstreik" Protestaktionen stattfanden, bei denen die Studierenden auf die schlechten Studienbedingungen aufmerksam gemacht haben. Im Zentrum der Kritik stand die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master, die sog. "Bologna-Reform". Ziele dieser Reform waren die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums durch die Einführung vergleichbarer Abschlüsse und eines Leistungspunktesystems, sowie die Förderung der Mobilität und die Verbesserung der Anerkennung von Studienabschlüssen und Studienleistungen. Doch viele der an die Studienreform geknüpften Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Stattdessen droht der Bologna-Prozess zu scheitern: Das Studium an unseren Hochschulen ist derzeit hochgradig verschult und verhindert eigenverantwortliches, forschendes Lernen, Modularisierung wird weitgehend übersetzt mit der Einführung von dauerhaftem Klausurenstress. Trotz Verkürzung der Regelstudienzeit ist die Stofffülle häufig gleich geblieben, die Mobilität, sowohl beim Wechsel des Studienortes innerhalb Deutschlands als auch ins Ausland eher schwerer als leichter geworden.

Selbst die erhoffte Senkung der Studienabbrecherquote hat sich nicht eingestellt, ganz im Gegenteil: In einigen Studiengängen, vor allem in den sog. MINT-Fächern haben wir höhere Abbrecherquoten als früher.

Neben den beschriebenen Umsetzungsproblemen krankt unser Hochschulsystem daran, dass die Lehre im Vergleich zur Forschung deutlich unterfinanziert ist. Das zeigt sich auch wieder im aktuellen Entwurf für den Landeshaushalt 2010, wo der Forschungsetat überproportional ansteigt. Da die Drittmittelvergabe fast ausschließlich auf die Forschung ausgerichtet ist, gibt es kaum Anreize für die Hochschulen, in Lehre zu investieren.

Schon vor der Sommerpause haben wir Minister Pinkwart im Plenum aufgefordert, den Bildungsstreik ernst zu nehmen und konkrete Verbesserungsvorschläge auf den Tisch zu legen. Stattdessen hat er die Kritik von Studierenden, Wissenschafts- und Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften einfach ausgesessen.

Wir fordern deshalb jetzt im Vorfeld des Semesterbeginns den Minister auf, endlich seine Hausaufgaben zu machen.

1. Zur Verbesserung der Studienbedingungen eine "**Bologna-Reform-Konferenz**" für NRW zu veranstalten, auf der alle Schwierigkeiten des Bologna-Umsetzungsprozesses diskutiert und Lösungen entwickelt werden. Und zwar gemeinsam mit den Studierenden und Lehrenden. Neben dem Ministerium und der Landesrektorenkonferenzen sollen auch die Akkreditierungsagenturen von Anfang an in die Reformvorhaben mit eingebunden werden.
2. Die **Finanzmittelzuweisung** der Hochschulen in dem Maße zu erhöhen, dass die Forderung von Wissenschaftsrat und Hochschulrektorenkonferenz nach einer besseren Betreuungsrelation in den neuen Studiengängen erfüllt wird ohne Studienplatzkapazitäten abzubauen. Dies gilt insbesondere für die im Rahmen des Hochschulpaktes neu zu schaffenden Studienplätze. Für NRW entspricht dies einem Mehrbedarf von jährlich etwa 400 Mio. Euro.

Konkret heißt das: Minister Pinkwart muss jetzt zügig eine Kurskorrektur "Bologna" auf den Weg bringen:

- durch die Einrichtung einer "Bologna-Konferenz", die für ein landesweites Monitoring, für den Austausch unter den Hochschulen und entsprechende Qualitätsstandards sorgt

- durch eine externe Evaluation, die die hochschulinternen Bewertungsprozesse ergänzen und Vergleichsmaßstäbe liefern
- durch den Abschluss von Zielvereinbarungen mit jeder Hochschule
- durch nordrhein-westfälische Initiative in der KMK, um die starre Grenze von zehn Semestern für BA und MA aufzuheben und die Studienfinanzierung zu verbessern.

Wir haben im Mai 2009 praktisch zeitgleich zu den Protesten der Studierenden eine Fachveranstaltung durchgeführt, bei der die zentralen Kritikpunkte "10 Jahre nach Bologna" deutlich benannt wurden. Eine Dokumentation dieser Veranstaltung finden Sie in Ihren Unterlagen, ebenso wie unseren Antrag, den wir vor der Sommerpause zu diesem Thema eingebracht haben.

Verantwortlich für gute Bildung - dabei bleiben wir trotz "Hochschulfreiheitsgesetz" - ist nach wie vor die Politik. Deshalb fordern wir Minister Pinkwart auf, nicht länger tatenlos zuzusehen und abzuwarten, ob sich mit der Zeit vermeintliche Anfangsschwierigkeiten von selber korrigieren. Wir wollen nicht solange warten, bis die Bologna-Reform mit ihren richtigen Zielen an einer schlechten Umsetzung vor Ort scheitert und Generationen von Studierenden zu Opfern einer vermurksten Studienreform werden.